

Baden-Baden:

Weststadt wünscht sich „Deckel“ auf lärmigem Zubringer

**Bühl:**

Bachschloss-Schule in Kappelwindeck wird Ganztagschule

**Gaggenau:**

Ein ambitioniertes Bauvorhaben sorgt für Diskussionen

**Rastatt:**

Höhere Steuer: Ansturm auf das Notariat



Gaddafi tot – Neubeginn für Libyen

Ex-Machthaber stirbt durch Schussverletzungen / Angeblich auch sein Sohn Saif al-Islam getötet

Tripolis (dpa) – Der libysche Ex-Machthaber Muammar al-Gaddafi ist tot. In ganz Libyen feierten Menschen das Ende der knapp 42 Jahre langen Herrschaft. Zwei Monate nach seinem Sturz wurde der 69-Jährige in seiner Heimatstadt Sirte von Milizionären getötet. Am Abend berichtete das libysche Fernsehen, auch Gaddafis Söhne Saif al-Islam und Mutassim seien tot. Beide sollen, wie ihr Vater, am selben Tag von Truppen des Nationalrats in Sirte getötet worden sein.

Gaddafi kam durch Schussverletzungen ums Leben. Das bestätigte ein Arzt im Krankenhaus von Misrata, in das der Leichnam von Sirte aus gebracht worden war. Der TV-Sender Al-Arabija strahlte ein verwackeltes Video aus, das angeblich den verwundeten Gaddafi zeigte. Er wurde von der Kühlerhaube eines Fahrzeugs gezogen und von Milizionären umringt, die ihn wegzerterten. Gaddafi schien dabei auf eigenen Beinen zu stehen



Libyer in Tripolis feiern die Nachricht, dass Muammar al-Gaddafi ums Leben gekommen ist.

Foto: dpa

und zu wanken. Sein Hemd war blutgetränkt. Auf späteren Bildern ist Gaddafi tot mit einer Schusswunde im Kopf zu sehen.

Von Gaddafi fehlte seit dem

27. August jede Spur. Der Ex-Diktator soll jetzt nach Medienberichten an einem geheimen Ort beigesetzt werden, damit seine Anhänger keinen Wallfahrtsort haben. Gaddafis

Heimatstadt Sirte war gestern als letzte Bastion des Widerstands gegen die neuen Herrscher gefallen. Milizionäre hissten die Flagge des Übergangsrats im Zentrum. Zudem

feuerten sie Salven aus Maschinenpistolen ab. Auch in Tripolis herrschte große Freude.

◆ **Kommentar:** Hintergrund; weitere Berichte: Sonderseite

Rasanten Wachstum

Drogeriemarktkette dm

Karlsruhe (vo) – Die Drogeriemarktkette dm hat im vergangenen Geschäftsjahr, das am 30. September endete, den Umsatz auf fast 6,2 Milliarden Euro gesteigert. Mit 9,3 Prozent Plus war das Wachstum am Heimatmarkt Deutschland erneut markant. Europaweit wurden sogar 10,1 Prozent erzielt. Die Umsatzrendite lag bei mehr als einem Prozent. Über seine Gewinne macht das Unternehmen traditionell keine Angaben. Für das kommende Geschäftsjahr peilt dm-Chef Erich Harsch ein Umsatzplus von sieben Prozent an. Auch sollen 90 Filialen in Deutschland hinzukommen.

◆ **Bericht:** Wirtschaft

Für Pflege freigestellt

Neues Gesetz ab 2012

Berlin (dpa/KNA) – Der Bundestag hat gestern das Gesetz zur Familienpflegezeit verabschiedet. Vom 1. Januar 2012 an haben Beschäftigte so die Möglichkeit, ohne allzu hohe Gehaltsseinbußen für zwei Jahre ihre Arbeitszeit zu verringern. Das Gesetz bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrats und kann somit zum 1. Januar 2012 in Kraft treten.

Den von Opposition und Sozialverbänden geforderten Rechtsanspruch auf eine Pflegezeit wird es jedoch nicht geben. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) sagte: „Es ist ein innovatives Modell, das die Bürger entlastet und die Sozialsysteme nicht belastet.“ Mittlerweile hätten bereits zahlreiche Unternehmen angekündigt, die Familienpflegezeit anzubieten.

◆ **Bericht:** Politik

Im Sportteil

Schalke siegt 5:0 – Hannover „nur“ 2:2

Beim deutschen Duo in der Fußball-Europa-League gab es am dritten Spieltag Frust und Freude. Schalke 04 feierte dank gnadenloser Effektivität mit dem 5:0 bei AEK Larnaca auf Zypern den höchsten Auswärtssieg seiner Europacup-Geschichte und hat bereits fünf Zähler Vorsprung auf Rang drei. Hannover 96 kam gegen den dänischen Meister FC Kopenhagen nach zweimaliger Führung nur zu einem 2:2.

Das Gesicht



Der Nachdenkliche

Konstantin Wecker (64, dpa-Foto) hat eine gesplante Meinung zum Alterwerden: „Wenn ich über das Alter nachdenke, wird mir gruselig. Als junger Mann will man nicht loslassen, sondern in Besitz nehmen. Das ist auch richtig so, das gehört zur Jugend. Der Weg ist eben lang, sich zu verändern.“

Wetter:

11°

(Service)



Heftiges Ringen um Euro-Rettungsschirm

Entscheidung spätestens am Mittwoch / Krawalle in Athen / Spargesetz gebilligt

Berlin/Athen (dpa) – Die EU soll spätestens am Mittwoch die neuen Regeln für den Ausbau des Euro-Rettungsschirms EFSF verabschieden. Auf diesen Zeitplan haben sich Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy gestern bei einem Telefonat verständigt.

Wie Regierungssprecher Steffen Seibert mitteilte, wollen beide bei einem Treffen am Samstagabend in Brüssel vor dem Europäischen Rat und

dem Euro-Gipfel am Sonntag einen neuen Anlauf zur Lösung des Konflikts nehmen. Merkel und Sarkozy seien sich „vollkommen einig, eine umfassende und ehrgeizige Antwort auf die Krise zu geben, die die Eurozone im Moment durchlebt“, sagte Seibert. Deutschland und seine europäischen Partner seien schon erheblich bei der Erarbeitung der neuen Regeln vorangekommen, „aber noch nicht genügend, um sich am Sonntag schon abschließend treffen zu können“.

Zentraler Streitpunkt ist offenbar der sogenannte Hebel für den Rettungsschirm EFSF. Mit einem Hebel-Mechanismus könnte die Finanz- und Schlagkraft des Fonds deutlich erhöht werden: Nach dem diskutierten Modell würde der Fonds nur einen Teil frischer Staatsanleihen kriselnder Euroländer versichern, aber nicht zu 100 Prozent garantieren.

Derweil kann das akut von der Pleite bedrohte Griechenland auf die nächste Hilfszahlung von acht Milliarden Euro hoffen. Allerdings müssen EU

und Internationaler Währungsfonds den gestern bekanntgewordenen Bericht der Finanzkontrolleure noch abnicken.

In Athen schlugen erneut friedliche Proteste in Gewalt um. Bei Krawallen in der Innenstadt kam ein Demonstrant ums Leben, mindestens 40 wurden verletzt. Wieder gingen Zehntausende gegen ein neues hartes Sparprogramm auf die Straße. Das griechische Parlament stimmte dem Gesetz dennoch gestern Abend zu.

◆ **Berichte:** Hintergrund, Politik und Wirtschaft

Ein neues Eisstadion ohne Sicht aufs Spielfeld

Steuerzahlerbund rügt Geldverschwendung

Berlin (dapd/dpa) – öffentliche Hand sorglos mit Steuergeld umgeht. So habe das Bundesinnenministerium 606 neue energieeffiziente Bildschirme für kreditfinanzierte 150.000 Euro gekauft. Einer jährlichen Stromersparnis von 2.500 Euro stehe eine jährliche Zinslast von etwa 5.000 Euro gegenüber. „Jeder Kaufmann würde sich die Haare raufen“, meinte Däke. Ein weiterer Fall: In Augsburg wurde ein Eisstadion für 16 Millionen Euro grundaniert. Doch die neuen Tribünen seien eine Fehlkonstruktion gewesen – „die Sicht auf das Spielfeld war nicht möglich“. Also musste nochmals gebaut werden, um den Fehler zu beheben. Kosten: fast drei Millionen Euro.

◆ **Berichte:** Politik und Blick ins Land

Steuerentlastung oder doch nicht?

Koalition stellt Pläne vor – aber ohne CSU

Berlin (dpa) – Die Bundesregierung hat Steuerentlastungen um insgesamt sechs bis sieben Milliarden Euro ab 2013 angekündigt. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) stellten gestern eine Milderung bei der so genannten Kalten Progression in Aussicht. Lohnerhöhungen werden durch die „Kalte Progression“ bei starker Preissteigerung größtenteils durch die Steuerlast wieder aufgezehrt.

CSU-Chef Horst Seehofer sagte dagegen: „Mit uns gibt es da keine Einigung.“ Man werde beim Koalitionstreffen heute Abend über das Finanztableau reden. Ein Beschluss der Koalition stehe noch aus, räumte Schäuble ein. Zum 1. Januar 2013 soll der Grundfreibetrag



Philipp Rösler. Foto: dapd

von derzeit 8.004 Euro bei der Einkommensteuer angehoben werden. Eine konkrete Zahl wurde nicht genannt. Die SPD kündigte an, die Pläne im Bundesrat nicht zu unterstützen.

◆ **Kommentar:** Hintergrund
◆ **Bericht:** Politik

Nur als letztes Mittel

Zwangsbearbeitung

Karlsruhe (dpa) – Das Bundesverfassungsgericht hat den Schutz psychisch kranker Straftäter vor medizinischer Zwangsbearbeitung bekräftigt. In einem Beschluss erklärte der Zweite Senat des Gerichts das baden-württembergische Gesetz über die zwangsweise Behandlung von Untergebrachten im Maßregelvollzug für teilweise nichtig. Die Richter kritisierten, dass es keine ausreichenden medizinischen Standards für die Behandlung von Straftätern in geschlossenen Anstalten gebe. Sie verwiesen auf eine Grundsatzentscheidung, wonach Behandlungen gegen den Willen des Betroffenen nur als letztes Mittel und unter strengen Voraussetzungen zulässig sind.

◆ **Bericht:** Blick ins Land